

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Rl., monatlich 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Rl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Rl., monatlich 5,39 Rl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Rl., Danzig 8 Gld., Deutschland 2,50 Rl.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Willimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reflektimeterzeile 125 Groschen. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigen Sach 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfachorte: Posen 202/57, Danzig 2523, Stettin 1847

Nr. 155.

Bromberg, Freitag den 10. Juli 1931.

55. Jahrg.

Die Bürgschaft der Tausend.

Berlin, 9. Juli. (Eigene Meldung.) Etwa 1000 große industrielle und Handelsfirmen, sowie bedeutende Banken in Deutschland sind an den Reichsbankpräsidenten Dr. Luthner mit der Bereitwilligkeit herangetreten, ein Garantie-Syndikat zu bilden, das eine erweiterte Kreditgarantie für die Gold-Diskonto-Bank in Berlin übernehmen würde. Dieser erweiterte Kredit betrug zunächst 50 Millionen Mark, wurde danach aber auf 500 Millionen erhöht. Nach Versicherungen der Urheber des Projekts handelt es sich dabei nur um eine vorübergehende Maßnahme, die vornehmlich den Zweck hat, den deutschen Auslandskredit zu stärken, sowie die gefährlichen kurzfristigen Anleihen in langfristige zu verwandeln.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Reichsregierung hat mit einer Schnelligkeit, die alle Anerkennung verdient, durch Notverordnung die gesetzlichen Grundlagen für die Haftung der deutschen Wirtschaft geschaffen, die der Golddiskontobank für ihre Kreditoperationen eine Sicherheit bietet, wie sie noch niemals eine Bank aufzuweisen hatte. Die tausend Firmen der Großindustrie, der Schiffahrt, der Banken und des Handels, die unter der Führung der Golddiskontobank das Garantiesyndikat gebildet haben, verfügen über ein Betriebsvermögen von mehr als 20 Milliarden Mark, und auch der mächtigste ausländische Geldgeber, auch der ängstlichste Kapitalflüchtling wird sich sagen müssen, daß niemals eine Anleihe auf so festen Füßen gestanden hat wie die, welche die Golddiskontobank nun aufnehmen und vergeben kann.

Aber das ist noch nicht der entscheidende Punkt an der Initiative der deutschen Wirtschaftsführer. Viel wichtiger und einschneidender als die Möglichkeit, mit dieser Haftung Kreditoperationen durchzuführen, die sich zur Entlastung der Reichsbank als notwendig erweisen können, wird die moralische Wirkung dieses Schrittes sein. Denn er zeigt, daß die deutsche Wirtschaft der Kreditkrise, die sich in gefährlicher Weise ausgebreitet hat, nicht tatenlos und von Pessimismus gelähmt zusehen will, sondern daß sie Energie und Kraft genug besitzt, um eine gründliche Selbsthilfeaktion in Gang zu bringen.

Es handelt sich dabei keinesfalls um eine Geste. Im Gegenteil, es lag nahezu ein Zwang dazu vor, endlich gegen die Kreditflucht, gegen das Mißtrauen einen Damm aufzurichten. Denn es hat sich gezeigt, daß selbst die Pariser Einigung über den Hoover-Plan dem Mißtrauen kein Ende gemacht hat, nachdem es einmal durch die Schuld der Französischen Regierung und durch das ewige Hinstellen des Abschlusses erweckt worden war. Als am Dienstag trotz des Pariser Kompromisses die Devisenforderungen in Berlin anhielten, da meinte man, daß es sich noch um Kaufaufträge handle, die in Unkenntnis des Pariser Ergebnisses erteilt worden wären. Inzwischen hielten die Devisenabzüge, wenn auch in etwas vermindertem Umfang, noch am Mittwoch an, und man mußte befürchten, daß auch der 50-Millionen-Dollar-Kredit der Golddiskontobank, den in Anspruch zu nehmen die Reichsbank am Sonntag beschlossen hatte, auf diese Weise bald erschöpft sein würde. Mit einem neuen Golddiskontobank-Kredit von 500 Millionen, der wahrscheinlich ohne Vermittlung der Reichsbank den Banken und der Industrie zugeleitet werden dürfte, um damit kurzfristige Verbindlichkeiten abzudecken, zusammen mit der bevorstehenden Verlängerung und Erhöhung des Reskontokredites, den die Reichsbank von den internationalen Notenbanken zur Überwindung des Halbjahreskollapses erhalten hatte, wird jetzt in einer Weise vorgesorgt sein, daß das mißtrauisch gewordene Ausland selbst die Unsinngigkeit seiner Kreditabzüge einsehen und dazu übergehen wird, der deutschen Wirtschaft einen Teil der vorschnell entzogenen Gelder wieder zur Verfügung zu stellen. Das ist notwendig; denn so wünschenswert an sich der Abbau der kurzfristigen Auslandsverschuldung, deren Gefahren in diesen Wochen auf das Deutlichste zu spüren waren, auch ist, so bedenklich ist ein übertrieben rasches Tempo, das den deutschen Geldmarkt vollkommen zerstören und Zusammenbrüche selbst gesunder Unternehmungen zur Folge haben müßte.

Hier wird es klar, daß die Selbsthilfeaktion der deutschen Wirtschaft, die entscheidend an dem Wiederaufbau des Vertrauens und des Kredites mitwirken soll, nicht Sache von tausend Großunternehmungen, sondern Sache der ganzen Wirtschaft und damit des ganzen Volkes ist. Jetzt, da die Gefahr nach menschlichem Ermessen gebannt ist, kann man es aussprechen, daß die Lage Deutschlands seit dem Ende der Inflation nicht mehr so bedrohlich war wie in diesen Tagen. Nicht weil eine neue Inflation drohte, das konnte und mußte unter allen Umständen verhindert werden. Sondern weil vielleicht schon in wenigen Wochen, wenn es nicht gelungen wäre, die Pöcher im deutschen Kredit zu stopfen und die Vertrauenskrise abzumildern, kein Geld mehr dagesewesen wäre, um dem Arbeiter seinen Lohn und dem Beamten und Angestellten sein Gehalt auszuzahlen. Es wird auch so noch viel Tatkraft notwendig sein, um die Schäden dieser Mißtrauenswelle wieder auszugleichen.

Welche Bedeutung hat die Gold-Diskonto-Bank?

Berlin, 9. Juli. (P.M.) Im Ergebnis der Aktion der deutschen Großfirmen und Großbanken, die sich das Ziel gesetzt haben, der Golddiskontobank Garantien in Höhe von 50 Millionen Mark zu gewähren, fand gestern im Wirtschaftsministerium eine Konferenz mit den betreffenden Gruppen statt. Im Anschluß hieran wurde eine Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 der Verfassung erlassen, die sofort in Kraft tritt, und in der die ausbringungspflichtigen Unternehmer, deren Betriebskapital 5 Millionen Mark übersteigt, anteilig verpflichtet werden, die Haftung bis zum Gesamtbetrag von 500 Millionen Mark für etwaige Ausfälle aus Kreditgeschäften zu übernehmen, welche die deutsche Golddiskontobank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredits tätigt. Die Reichsregierung wird die näheren Bestimmungen erlassen. Sie kann mit der Durchführung treuhänderischer Aufgaben die Bank für deutsche Industrie-Obligationen betrauen.

Die deutsche Gold-Diskonto-Bank wurde in den ersten Monaten nach der Stabilisierung der Mark auf Grund des Gesetzes vom 19. März 1924 eröffnet. Als ihre Grundlage wurde die englische Valuta genommen. Ihre ausschließliche Aufgabe bestand darin, der Wirtschaft Export- und landwirtschaftliche Kredite zur Verfügung zu stellen. Der größte Teil des Kapitals in Höhe von 200 Millionen Mark wurde in der Reichsbank deponiert. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 wurde die Tätigkeit der Gold-Diskonto-Bank bedeutend erweitert. Ihre Hauptaufgabe bestand von nun an in der Finanzierung von mittel- und langfristigen Exporttransaktionen. Der auf diese Weise kombinierte Tätigkeitsbereich dieser Bank, die man bereits liquidieren wollte, hat an Umfang bedeutend zugenommen. Nach dem Bericht aus dem Jahre 1930 stieg der von der Gold-Diskonto-Bank erteilte Exportkredit Ende September auf 62 Millionen, Ende Dezember auf 117 Millionen Mark.

Im Zusammenhang mit der neuesten Verordnung des Reichspräsidenten schreibt die halbamtliche „Deutsche Diplomatische Korrespondenz“, daß der Zweck dieser Aktion die Erweiterung der Tätigkeit der Gold-Diskonto-Bank ist. Diese Bank wird in Zukunft Auslandskredite aufnehmen, die durch die gemeinsame Garantie von 1000 der größten deutschen Unternehmungen sichergestellt werden. Aus diesem Grunde, wie auch in anbetragt des erwarteten Zusammenwirkens der Reichsbank mit den ausländischen Emissionsbanken sei nicht allein die Rückkehr zu einem gewissen Stande der Auslandskredite, sondern auch die Verbilligung ihrer Kosten zu erwarten. Der Nachdruck ist jedoch, so betont die Korrespondenz, auf die Aenderung des kurzfristigen Kredits in einen langfristigen zu legen.

Auch Frankreich erhält ein Garantie-Versprechen.

Paris, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der deutsche Botschafter von Hoesch hat dem Ministerpräsidenten Laval zwei Dokumente überreicht, in denen sich die Regierung feierlich verpflichtet, die dank dem Moratorium gewonnenen finanziellen Mittel lediglich für Wirtschaftszwecke zu verwenden. Der Botschafter gab der Befriedigung der Reichsregierung aus Anlaß des Abschlusses des Abkommens Ausdruck.

Nun wird man in Polen wohl zufrieden sein. Und damit wäre die Welt wieder einmal gerettet!

Das Echo der Pariser Presse. Kanzlerbesuch in Paris verabredet?

Paris, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Besuch des deutschen Botschafters von Hoesch bei dem französischen Ministerpräsidenten Laval findet in der Morgenpresse ein Echo, wie es nur bei sehr großen politischen Ereignissen üblich ist. Alle großen Informationsblätter widmen dem Ereignis lange Artikel. Sie unterstreichen besonders, der Botschafter habe dem französischen Ministerpräsidenten wissen lassen, daß Brüning und Curtius bis zum 25. Juli in Berlin zurückgehalten seien, daß ihr Pariser Besuch aber in den letzten Tagen des Juli oder in den ersten Tagen des August stattfinden könnte.

Das „Echo de Paris“ unterstreicht, daß in den übergebenen Texten der Name Frankreich nicht enthalten sei. Daher könne man den Besuch des deutschen Botschafters in keine Verbindung mit dem im französisch-amerikanischen Abkommen zum Ausdruck gebrachten Vorbehalt bringen, worin die Französische Regierung bestimmte Garantien für die Verwendung der freigewordenen Gelder von Deutschland erwartet.

Das „Journal“ hebt hervor, daß auf deutscher Seite wohl nur eine spontane Handlung vorliegt, die lebenswichtig erscheinen sollte, die aber dennoch weder mit dem Dankschreiben des Reichspräsidenten an Hoover, noch mit dem Brief Brüning an Mussolini verglichen werden dürfte. Deutschland drücke Frankreich gegenüber zwar seine

Geneignung aus, danke aber nicht einem Staate, der auf mehr als 2 Milliarden Franks verzichtet hat (die er bisher aus Deutschland exportierte).

„Petit Parisien“, sagt, die Reichsregierung wolle sich der Französischen Regierung lebenswürdig erweisen. Die Erklärung des deutschen Botschafters bedeute eine Geste, deren Wert man nicht unterschätzen dürfe. Laval habe auch nicht versäumt, den deutschen Botschafter zu bitten, der Reichsregierung die Geneignung der Französischen Regierung mitzuteilen. Die Besprechungen, die Ende Juli zwischen den deutschen und französischen Ministern stattfinden, hätten durch diesen Schritt nur gewonnen, da der Boden für eine fruchtbare Auseinandersetzung nunmehr vorbereitet sei.

Besorgnis in Washington.

Washington, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Mittelpunkt der Washingtoner Erörterungen steht die Frage, ob das Moratorium tatsächlich am 1. Juli in Kraft getreten ist, oder ob Frankreich die am 15. Juli fällig werdenden deutschen Zahlungen einfordern wird, falls nicht vorher eine Verständigung mit der B. F. Z. über die Garantiefonds-Frage erzielt worden ist. Die Washingtoner Regierung ist offenbar etwas besorgt, um so mehr, als das Reichskabinett schon während der Pariser Verhandlungen erklärt haben soll, daß Deutschland die Zahlung am 15. Juli nicht leisten könne.

Wer ist Stimson?

Am Mittwoch früh hat der Vetter der amerikanischen Außenpolitik, Staatssekretär Stimson, nach seiner Landung in Neapel europäischen Boden betreten. Wer ist dieser Mann? Darüber vermittelt uns der in Berlin erscheinende „Jungdeutsche“ folgende Auskunft:

Wenn der jetzt 64 Jahre alte Henry L. Stimson in Neapel landet, dann betritt der beste Unterhändler der Vereinten Staaten europäischen Boden. Der große, schlanke Mann mit seine klugen Augen sieht aus wie ein 50jähriger und hat auch dessen ruhiges, sachliches Temperament. In seiner umfangreichen Aktenmappe befinden sich die Dossiers über die bevorstehende Genfer Abrüstungskonferenz. Sie enthält aber auch die Dokumente über die Londoner Flottenabrüstungskonferenz des Jahres 1930, an der er als Führer der amerikanischen Delegation teilnahm.

Der Rechtsstudent der vornehmsten Universitäten seines Landes, Yale und Harvard, begann seine politische Laufbahn mit seinem Eintritt in die berühmte New Yorker Rechtsanwaltsfirma Root. Der alte Root war lange Jahre Außenminister des Präsidenten Roosevelt gewesen, und so war es für den jungen Stimson geradezu selbstverständlich, daß er sich neben seiner Anwaltspraxis auch mit der Politik seines Landes beschäftigte. Am aktiv in das politische Getriebe eingreifen zu können, wurde er Mitglied der Republikanischen Partei, und als 43jähriger ließ er sich in den Senat wählen. Schon nach einem Jahre machte ihn Präsident Taft, der ihn während des Wahlkampfes schätzen gelernt hatte, zu seinem Kriegsminister. Unter der nachfolgenden Präsidentschaft Wilsons stand der ehemalige Kriegsminister als Feldartillerie-Oberst von August 1917 an in Frankreich.

Die politischen Verhältnisse hielten den tatenfrohen, energischen Mann lange Jahre von der Ausübung eines politischen Amtes fern. Er mußte sich mit der zwar angesehenen und einträglichsten, ihm jedoch wenig zusagenden Stellung eines New Yorker Rechtsanwaltes und maßgebenden Mitgliedes seiner Partei begnügen. Erst das Jahr 1927 brachte mit den Wirren in Nicaragua für Stimson eine Aufgabe. Präsident Coolidge entsandte ihn als Sonderkommissar mit dem Auftrage, die streitenden Parteien zu einigen, damit die Aufmarschbasis für den Schluß des Panamakanals nicht durch innere Unruhen gestört werde. Es gelang dem verhandlungsfähigen und taktischen Geschicht Stimsons, die überaus empfindlichen Lateinamerikaner zu beschwichtigen und die Durchführung von Neuwahlen zum Parlament unter amerikanischem Schutze zu erreichen. Zwar hielt er den General Canino übersehen und ihn dadurch so gekränkt, daß er zum Rebellen wurde, jedoch sein Erfolg wurde als so bedeutend angesehen, daß ihn die Regierung als Gouverneur nach den Philippinen sandte. Auch hier bot sich ihm für die Befähigung seines Talents reichlich Gelegenheit. Es galt die immer drängender werdenden Unabhängigkeitswünsche der Philippinos durch geschickten Ausgleich und taktisches Zurückweichen in unbedeutenden Fällen hintan zu halten. Auf den Philippinen verblieb er aber nur knapp ein Jahr, denn Hoover holte ihn sich im März 1929, nach dem Antritt seines Amtes, dem Rate des alten Chefs Stimsons und des früheren Außenministers Charles Hughes folgend, auf den Posten des Außenministers.

Die Aufgabe, die er nun in Europa im Auftrage seines Präsidenten zu erfüllen hat, ist nicht leicht. Sein politischer Aktionsradius ist, abgesehen von einem kurzen Debut auf der Londoner Flottenabrüstungskonferenz, auf Mittelamerika und den Stillen Ozean beschränkt. Über die Zustände und Machtverhältnisse in Europa hat er sich aus

eigener Anschauung keine Meinung bilden können. Zwar wird ihm Hoover, der aus eigener, langjähriger Tätigkeit das Europa der Vor- und Nachkriegszeit sehr genau kennt, Verhaltensmaßregeln und Handlungsanweisungen für die einzelnen bedeutenden Politiker der verschiedenen Länder mitgeben haben, für sein besonderes Talent als ausgleichender, schlichter Verhandler, findet Stimson in der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz wohl mehr Verwendung, als ihm selbst lieb ist.

Dr. Luther fährt nach London.

Berlin, 9. Juli. (P.M.) Die gestrigen Abendblätter melden, daß sich der Reichsbankpräsident Dr. Luther in den nächsten Tagen nach London begeben soll, wo er in Sachen einer neuen großen Anleihe für die Reichsbank zu konferieren beabsichtigt. Das „Berliner Tageblatt“ betont, daß die Reichsbank zu dieser Information noch keinen offiziellen Standpunkt eingenommen habe.

London, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Offensichtlich auf den Einfluß höherer Stellen hin fordert am Donnerstag die englische Presse von Deutschland als Gegenleistung für die Hilfe durch das Hoover-Moratorium von sich aus freiwillig zur „Verbesserung der europäischen Atmosphäre“ beizutragen. Deutschland soll, wie die „Times“ und der „Daily Herald“ übereinstimmend sagen, von sich aus erklären, daß es die Arbeiten an dem neuen Panzerschiff „Ersatz Elsaß-Lothringen“ während des Hoover-Moratoriums und den österreichisch-deutschen Zollvertrag bis auf weiteres verschieben will.

Polnischer Nachruf

auf das nicht verlängerte deutsch-polnische Roggenabkommen.

In der „Gazeta Polska“, dem Hauptorgan der Regierung, beschäftigt sich in Nr. 179 vom 3. Juli d. J. der frühere polnische Finanzminister, Ignacy Matuzewski, mit der Nichtverlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens. Der Verfasser kommt dabei im Zusammenhang mit der Verlängerung des Berliner Traktats und dem Abschluß des Handelsabkommens mit Rumänien zu folgenden Gedanken:

„In den letzten Tagen wurde unter den Telegrammen in den Zeitungen den Lesern ein wenig erfreuliches Symptom vorgezeigt, das in der Flut zweifellos wichtigerer Meldungen untergegangen ist. Und doch dürfte der Publizist sich bei dieser Erscheinung nicht auf die Kommentierung der Gegenwart beschränken, sondern auch in die Zukunft blicken. Dieses Symptom betrifft ein mächtiges Land, Deutschland. Der Ernährungskommissar, Herr Wade, hat im Auftrage der Reichsregierung die zuständigen polnischen Stellen davon in Kenntnis gesetzt, daß das sogenannte deutsch-polnische Roggenabkommen, das zwei Wirtschaftsjahre lang dauerte, von deutscher Seite nicht wieder erneuert werden wird. Dieses Abkommen war seinerzeit auf den Vorschlag Deutschlands hin abgeschlossen worden. Der Initiator war, wenn wir nicht irren, derselbe Ernährungskommissar Dr. Wade, und das Abkommen zielte darauf ab, auf den Abnahmepreisen für Roggen, d. h. vor allem in den skandinavischen Staaten die wilde Konkurrenz zwischen den polnischen und deutschen Exporteuren auszuschalten, eine Konkurrenz, die zur Herabsetzung der Preise und damit dazu führen mußte, daß ein Teil oder die ganze Getreideprämie allmählich an den ausländischen Importeur abgetreten wurde. Das Abkommen war also nicht allein vom Gesichtspunkt der durch den polnischen oder deutschen Exporteur erreichten Preise wichtig, sondern auch vor allem vom Gesichtspunkt des inneren Roggenpreises in Polen und Deutschland. Denn solange die Prämie in diesen Ländern blieb, solange gleich der Preis, den der Landwirt erhielt, dem Weltmarktpreis zuzüglich der erwähnten Prämie.

Dieses Ziel wurde sowohl in Deutschland als auch in Polen in der Zeit des Wirtschaftsjahres 1930/31 in vollem Umfange erreicht. In der letzten Zeit schien sogar die Möglichkeit vorhanden zu sein, daß dem erwähnten Abkommen noch ein dritter großer Weltexporteur beitrage, nämlich Sowjetrußland. Während des Abkommens, dessen Durchführung von einer gemischten deutsch-polnischen Kommission mit dem Sitz in Berlin überwacht wurde, gab es weder Reibungen noch Meinungsverschiedenheiten. Zu betonen ist die vollkommene Loyalität der deutschen Vertreter, und wir sind der Meinung, daß kein aufrichtiger Deutscher etwas anderes von den Vertretern Polens innerhalb der Kommission sagen wird. Das deutsch-polnische Abkommen war ein typisches Wirtschaftsabkommen, das darauf abzielte, die Verhältnisse auf einem gewissen, für beide Teile wichtigen Abschnitt des Austausches zu ordnen, was auch zum Vorteil für beide Teile erreicht wurde. Herr Schacht, der bekannte Anhänger der Zwangswirtschaft, könnte sich auf dieses Beispiel als auf einen schönen Beweis des Übergewichts der Organisation über den freien Austausch sogar auf dem Gebiet des Handels berufen. Daß das deutsch-polnische Roggenabkommen von der Deutschen Regierung abgebrochen wurde, geschah sicher nicht aus dem Grunde, weil es dem deutschen Landwirt zweifellos Vorteile brachte, vielleicht also deswegen, weil es auch für Polen von Nutzen war.

„Deutschland ist im gegenwärtigen Augenblick ein Land, das im Namen der allgemeinen Solidarität Hilfe fordert und sie auch erhält. Mit vollem Recht kann man sagen, daß sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Gläubigerstaaten Europas aus dieser Hilfe Vorteile ziehen und zwar durch Berringerung der Spannung der Krisis. Aber sicher werden vor allem von Deutschland Vorteile erreicht werden. Ebenso sicher ist dagegen das Opfer der Vereinigten Staaten und noch größer das Opfer Frankreichs. Aus Anlaß des amerikanischen Plans hielt der Reichskanzler Brüning eine sehr schöne und überzeugende Rede, indem er zum gegenseitigen Vergessen der Kränkungen und zur gemeinsamen Arbeit für das Wohl des Menschen im grauen Alltagsleben hinwies, der in der letzten Zeit auf der ganzen Welt über das Maß hinaus mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten geplagt ist. Es waren schöne Worte, die Anerkennung verdienten. Doch den Worten sollten Daten folgen. Und wo sind diese Daten?

Nach dem Vorschlage des Präsidenten Hoover magte Deutschland drei Schritte von internationalem Charakter. Es unterzeichnete die Verlängerung des Berliner Traktats mit Sowjetrußland, es parafierte das sich auf Präferenzzölle stützende Wirtschaftsabkommen mit Rumänien, und es brach mit Polen das wirtschaftliche Roggenabkommen ab. Wir haben nicht das Recht zu behaupten, daß das deutsch-sowjetische Abkommen irgend etwas enthält, was mit den Idealen der internationalen Zusammenarbeit im Widerspruch steht. Es kann sein, daß es in seinen Geheimklauseln sehr zweckmäßige Vereinbarungen enthält, die auf die Begleichung der Menschheit gerichtet sind; denn die offenen Klauseln weichen von der gewöhnlichen Schablone nicht ab. Zu dem neuen, mit der Meistbegünstigungsklausel im Widerspruch stehenden Handelsvertrag Rumäniens mit dem Reich können wir uns nicht äußern, solange dieses Traktat nicht durch die betreffende Genfer Kommission geprüft worden ist, was nach der Erklärung beider Seiten erfolgen soll. Es ist also möglich, daß diese drei Schritte nicht im Widerspruch zu den erhebenden Worten des Reichskanzlers Brüning stehen. Mit aller Sicherheit kann man versuchen, dies zu beweisen; aber auch mit aller Sicherheit strast der Abbruch des deutsch-polnischen Roggenabkommens diese Worte Lügen. Der nachsichtigste Beobachter wird gerade in diesem Schritt der Reichsregierung keine Spur weiterer Ziele der internationalen Begleichung finden. Es bleibt nur ein verständlicher Zweck und zwar der Wille, die Wirtschaftslage in Polen zu verschlechtern, sogar für den Preis gewisser Verluste für die Wirtschaft Deutschlands.

„Es kann sein, daß die jetzt von Deutschland gespielte Rolle von den deutschen Hauptakteuren es erforderte, sich mit dem Gesicht dem Westen zuzuwenden, daß wir wider Willen aus dem Osten einen Blick hinter die Kulissen gerichtet haben. Und wenn dem so ist, so haben wir die Pflicht, die Aufmerksamkeit sowohl der Welt als auch Deutschlands selbst darauf zu lenken, daß das, was hinter den Kulissen geschieht, durchaus nicht dem entspricht, was auf der Szene rezipiert wird. Die Vorbereitungen der Inspektoren lassen die Meinung zu, daß der zweite Akt dem ersten ganz unähnlich sein wird. Es sei uns daher gestattet zu fragen, ob der sich mit großer Geistes an den Westen wendende Reichskanzler Brüning, wenn man an seiner Aufrichtigkeit nicht zweifeln soll, weiß, was hinter den Kulissen geschieht. Ist er wirklich der Regierende Deutschlands, oder ist es der heute still im Hintergrund stehende Minister Schiele? Die Welt hat bereits einen deutschen Reichskanzler gesehen, der zweifellos den Frieden wollte, jedoch den Krieg machte und verlängerte. Denn er sprach, während andere regierten. Er hieß Bethmann-Hollweg.

„Das Spiel geht heute um einen großen Einsatz für die ganze Welt. Es handelt sich nicht nur um das einjährige Moratorium, es handelt sich um etwas unvergleichlich Größeres, um das Vertrauen aller Regierten zu allen Regierenden. Hunderte von Millionen Alltagsmenschen, kleine und geduldige Leute, hatten das Empfinden, daß im gegenwärtigen Augenblick die Möglichkeit besteht, ihr schweres Los durch eine aufrichtige und allgemeine Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu erleichtern. Dieser Glaube hat vielleicht über das Erwartete hinaus auf einer breiten und nicht aufzuhaltenden Welle die Kunde durch die Welt gemacht. Tiefer und allgemeiner Haß erwartet diejenigen, die durch ein Doppelspiel, durch ein politisches Spiel, durch Verstoßheit im Stolz, diese Hoffnungen trügen werden. Früher oder später.“

Zu diesem Nachruf des ehemaligen Finanzministers läßt sich ein Kommentar von vielen Spalten schreiben. Wir begnügen uns mit folgenden Bemerkungen:

Es dürfte Herrn Matuzewski wohl bekannt sein, welche unliebsamen Vorgänge innerpolitischer Natur in Deutschland leider zu einer Kündigung des deutsch-polnischen Roggenabkommens geführt haben. Die peinlichen Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß, an denen der polnische Teilhaber gewiß völlig schuldlos ist, haben aber auch die rein ökonomische Feststellung ergeben, daß das Reich von dem Abkommen keinen wesentlichen Gewinn hatte, daß dieser vielmehr recht einseitig dem polnischen Partner zugute kam, wobei — wie selbst aus polnischer Seite zugegeben wird — die weit besser ausgebildete deutsche Exportorganisation hauptsächlich den polnischen Gewinn vermittelte. Man rechnet in wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands damit, daß Deutschland in seiner schweren agrarpolitischen Lage ohne Teilhaber besser die Vorzüge dieser Organisation auszunutzen vermag.

Wir bedauern in unserem ureigensten Interesse die Kündigung des deutsch-polnischen Roggenabkommens, die selbstverständlich weder mit einer Feindschaft der Deutschen gegenüber Polen, noch mit dem Berliner Vertrag etwas zu tun hat, oder gar mit dem deutsch-rumänischen Handelsabkommen, das Herr Matuzewski besser nicht als Sabotage des Hoover-Plans hinstellen sollte. Man könnte ihm sonst eine allzu große Abhängigkeit von Frankreich zum Vorwurf machen, die schon an anderen Stellen des vorliegenden Aufsatzes peinlich genug bemerkbar wird.

Wenn Herr Matuzewski endlich mit einer Geste, die etwa seiner berühmten Gattin, der Weltmeisterin im Diskuswerfen, gegenüber einer jungen Anfängerin im Sport wohl ansteht, dem Reichskanzler Brüning wohlwollend auf die Schulter klopf, und ihm ein Doppelspiel vorwirft, dann glauben wir, daß der prominente Artikelschreiber die Lage etwas verkennet.

Vielleicht würde man in Berlin zu unser aller Frommen entgegenkommender in der Frage des deutsch-polnischen Roggenabkommens gewesen sein, wenn nicht gerade in dieser Stunde die Polnische Regierung bezüglich der Entschädigung der annullierten Anstöße und der liquidierten reichsdeutschen Eigentümer aus dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen Rechte beanspruchten würde, die bei der Verteidigung dieses für Deutschland recht fragwürdigen Geschäftes nicht einmal Herr Zaleski reklamieren hatte. Die eigenartige Behandlung der deutschen Minderheit in Polen — wir denken dabei vor allem an die letzten Posener Urteile — wirkt ebenso nach wie vor keinen günstigen Schatten auf eine in Polen vermischte deutsche Bereitwilligkeit. Wie man in den Wald hinein schreit, so ruft es hinaus. Das deutsche Echo ist wesentlich schwächer als der polnische Ruf. Herr Matuzewski sollte das eigentlich wissen!

Ein neuer Arzt.

(Von unserem ständigen Warschauer Bericht-erstatte.)

Der Präsident der Republik hat Dr. Bronislaw Rakoniecznikow-Rakonowski vom Posten des Lemberger Wojewoden abberufen und ihn zum Unterstaatssekretär im Präsidium des Ministerrates ernannt.

Dr. Rakoniecznikow ist von Beruf Arzt. Während des Weltkriegs hat er sich mit militärischen Dingen befreundet; er wurde im polnischen Staate Berufsmilitär. Das Sanierungsregime erkannte in ihm — wie in vielen anderen Militärpersonen — die Eignung zu einer führenden Stellung in der Verwaltung und zur Bewältigung verwaltungspolitischer Aufgaben. Seine Person trat im Zusammenhang mit der Verschärfung der ukrainischen Frage in Ostgalizien besonders in den Vordergrund. Der Lebenslauf des neuen Unterstaatssekretärs ergibt folgendes Bild:

Dr. Bronislaw Rakoniecznikow-Rakonowski ist im Jahre 1888 in Warschau geboren, wo er die Mittelschule absolvierte. Hierauf studierte er Medizin. Im Weltkrieg war er als Arzt in der russischen Armee tätig. Im Jahre 1917, als die russische Armee in Auflösung geriet, nahm Dr. Rakoniecznikow als Vertreter des Pilsudski-Verbandes P.D.W. (Polnische Militärorganisation) an der geheimen Organisation der im russischen Heere dienenden Polen teil. In der Kerenstka war er Präses des Verbandes der Polen der VI. Armee, später Mitglied des Obersten Kriegsrates des II. Korps der polnischen Truppen im Osten.

Im polnischen Staate verblieb Dr. Rakoniecznikow, wie so mancher, dem der Kriegsgott huldvoll und glückbringend war, in der militärischen Karriere. Zuerst war er Stabs-offizier für besondere Aufträge beim Staatsoberhaupt, dann Stellvertreter des Sanitätschefs in der Armee Hallers im Jahre 1920 und schließlich einige Jahre Stellvertreter des Korpschefs der Militär-Kontrolleure. Im November 1928 wurde Oberst Dr. Rakoniecznikow auf den Posten des Lemberger Wojewoden befohlen.

Der politische Hintergrund.

Welche politische Bedeutung hat die Tatsache, daß Oberst Dr. Rakoniecznikow von Lemberg abberufen wurde und ein neues Betätigungsfeld erhalten hat? Mit der Beantwortung dieser Frage sind die interessierten Kreise jetzt recht angelegentlich beschäftigt. Diese Kreise legen das Hauptgewicht auf die Tatsache der Abberufung Rakoniecznikows aus Lemberg und wollen gern glauben, daß diese Abberufung ebenso wie der Rücktritt Skadkowskis vom Innenministerium mit ukrainischen Dingen zusammenhänge. Man konstruiert folgenden Zusammenhang:

Die Regierung treffe Vorbereitungen zu der Septembersession des Völkerbundrates, in der die ukrainischen Beschwerden und die sogenannte ostgalizische „Pazifizierung“ zur Erörterung gelangen werden. Im Hinblick darauf führen einige OB-Politiker Verhandlungen mit den Ukrainern sowohl in Lemberg wie auch in Warschau. Sie verfolgen damit den Zweck, noch vor September eine Art Ausgleich mit den Ukrainern fertigzubringen. Um für diese Verhandlungen eine gute Stimmung zu schaffen, mußte der bisherige Wojewode von Lemberg, der eben erst als Exponent eines anderen politischen Stils in der Behandlung der ukrainischen Frage anzupreisen war, abberufen werden.

Über die voraussichtliche Besetzung des Lemberger Wojewodenpostens sind verschiedene Gerüchte und Versionen im Umlauf. Die Urheber der Gerüchte polemisieren gegeneinander, und dank diesem Umstande erfährt die Öffentlichkeit manches, was sonst nur Eingeweihte wissen. So wurde z. B. die Kandidatur des Chefs des politischen Departements des Innenministeriums, des Obersten Stamirowski, für den Posten des Lemberger Wojewoden erwähnt. Gegen die Wahrscheinlichkeit dieser Kandidatur wurde von einer gewissen Seite jedoch eingewendet, daß Oberst Stamirowski, ebenso wie Oberst Medziński, einer Gruppe von Obersten angehöre, die gegenwärtig ohne Einfluß sei. Zur Zeit erfreuen sich — wie diejenigen versichern, die es ganz genau zu wissen glauben, — der Ministerpräsident Pryztor und der Vizeminister Beck des größten Vertrauens des Marschalls Pilsudski.

Die maßgebenden Stellen neigen — laut einer letzten Version — dazu, den Posten des Lemberger Wojewoden vorläufig unbesezt zu lassen. Es bestehe vielmehr die Absicht, für Lemberg einen Vizewojewoden zu ernennen, der sein Amt bis zum Momente der Liquidierung der Wojewodschaften von Stanislaw und Tarnopol ausüben werde. Im Falle der Bildung einer großen, ganz Ostgalizien umfassenden Wojewodschaft, werde auf diesen politisch höchst wichtigen Wojewodenposten ein hervorragender Politiker aus dem OB-Klub berufen werden. Die ganze Angelegenheit befindet sich somit im Zeichen der Bemühungen des Regierungslagers um die Erzielung eines Ausgleiches mit den Ukrainern.

Vor dem Bruch in Rom?

Rom, 9. Juli. (P.M.) Seit der Veröffentlichung der letzten päpstlichen Enzyklika haben die Verhältnisse zwischen dem Vatikan und dem Faschismus eine weit stärkere Spannung erfahren als bisher. Die Spannung hat den Kulminationspunkt erreicht, und in faschistischen Kreisen werden bereits Stimmen laut, die eine unversöhnliche Revision des gesamten Problems der Beziehungen zwischen Staat und Kirche fordern. Eine unerhörte Empörung rief in faschistischen Kreisen die Nachricht hervor, daß die päpstliche Enzyklika von zwei ausländischen Kardinalen mit einem Flugzeug aus der Vatikanstadt nach Paris geschickt wurde, wo sie die Presse und das Radio unverzüglich veröffentlichte.

Entgegen den in der Stadt unlaufenden wilden Gerüchten erfährt der Korrespondent des „Nustrowany Kurjer Godzenny“ aus maßgebenden Kreisen, daß die Lage bis jetzt zu einer diplomatischen Intervention noch nicht gereift sei, mit der man aber in der nächsten Zeit rechnen müsse, da der Papst drohe, alle Reden der faschistischen Führer, Mussolini nicht ausgeschlossen, auf den Index zu bringen.

Bommerellen.

9. Juli.

Deutscher Erfolg

bei den Nachwahlen zum Kreistag im Kreise Soldau.

Soldau, 9. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der im Jahre 1930 erfolgten Kreistagswahl wurden die Stimmen der Deutschen Liste für ungültig erklärt, so daß die beiden damals von der deutschen Bevölkerung gewonnenen Mandate nicht anerkannt wurden.

Die Mandatsverteilung ist dieselbe wie im Jahre 1930 geblieben und zwar erhielt Liste Nr. 1: 2 Mandate, Liste Nr. 2: 1 Mandat und die Deutsche Liste 2 Mandate.

Graudenz (Grudziadz).

Radspport. An dem am letzten Sonntag auf der Ringhausssee bei Burg Belchau (Bialochowo) abgehaltenen 50-Kilometer-Fahren um die Meisterschaft des Sportvereins „Olympia“...

Seine alljährliche Dampferfahrt nach Danzig, die bereits zu einer allgemein beliebten Einrichtung geworden ist, unternahm in diesem Jahre Pfarrer Dieball in den Tagen vom 1. bis 4. Juli.

Versteigerung gefundener Sachen. Auf dem Bahnhof Graudenz, und zwar im Magazin der Güterexpedition, werden am Freitag, 10. d. M., von vormittags 10 Uhr ab Gegenstände verschiedener Art...

Steinwürfe gegen die Polizei gerichtet wurden am 31. Januar v. J., als Beamte nach einer Arbeitslosenversammlung auf dem Platze am Auslaufe der Brüderstraße (Bracka) die dort Versammelten zerstreuten.

Schlechtes Geseit gab seinerzeit ein hiesiger früherer Rechtsanwaltssekretär spät abends einem infolge reichlichen Alkoholgenusses seiner nicht mehr sicheren, unbekanntem Kneipgaste. Während des Nachhausebringens verschwand dem Geführten seine goldene Uhr.

Ein gewerbmäßiger Dieb stand in der Person von Kazimierz Lukaszewski vor dem Burgergericht. Der Angeklagte hat bereits eine ganze Reihe Vorstrafen wegen gewöhnlicher und Einbruchs-Diebstähle in Privathäusern und Restaurationen zudiktiert erhalten.

Kircheneinbruch. In der katholischen St. Nikolauskirche haben Diebe zwei Kollektendbüchsen erbrochen und sie ihres Inhalts beraubt.

Thorn (Torun).

Die Weichsel fordert drei neue Opfer.

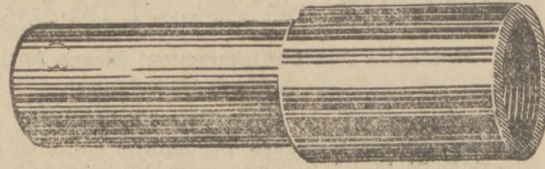
Vor den Augen des auf der Sandbank in der Nähe der Eisenbahnbrücke zahlreich versammelten Publikums spielte sich Dienstag nachmittags gegen 15.30 Uhr ein außergewöhnlicher Unglücksfall ab.

Warum?

Warum verriessene Federbolzen? Warum Quietschen am Fahrgestell? Warum diese unangenehmen Geräusche, die Vorboten von schweren Defekten?



Warum?



Ist Zentralschmierung für das Fahrgestell vorgesehen, dann verwende man im Sommer die für den Motor laut Mobiloil-Empfehlungstafel vorgeschriebene Sorte Mobiloil, im Winter Gargoyle Mobiloil Arctic.

Weil ungeeignete Schmiermittel verwendet wurden, welche durch die auftretenden Drücke leicht herausgepresst und durch das Spritzwasser abgespült werden, so daß sie schon nach kurzer Zeit nicht mehr im Stande sind, vor Abnutzung zu schützen.

Verwenden Sie daher für die Fahrgestellschmierung Ihres Wagens Gargoyle Mobilgrease, ein Schmiermittel von besonderer Ausgiebigkeit und großer Widerstandsfähigkeit gegen hohe Drücke und Abwaschen durch Wasser.

Mobiloil

Jeder Mobiloil-Händler nimmt leere, gut erhaltene Mobiloil-2-Liter-Kannen zurück und vergütet pro Kanne Zl. 1.65.



VACUUM OIL COMPANY S. A. CZECHOWICE - WARSZAWA

Kraftanstrengung über Wasser zu halten versuchten. Der Hauptmann Hieronim Pianowski vom 65. Infanterieregiment in Graudenz stürzte sich logisch in die Flut, um den Ertrinkenden Rettung zu bringen.

Am gleichen Tage forderte die Unstille, trotz des strengen Verbots an unerlaubter Stelle zu baden, ein weiteres Opfer. Beim Baden in der Nähe der Toten Weichsel ertrank der 29 Jahre alte Privatbeamte Stanislaw Kucharski, wohnhaft Brombergerstraße (Bydgoska) 78.

Außerdem gerieten wieder einige Personen durch leichtsinniges Hinausschwimmen in den tödlichen Weichselstrom in Ertrinkungsgefahr, konnten aber durch schnelles Eingreifen anderer Personen vor dem nassen Tode bewahrt werden.

Apotheken-Nachdienst von Donnerstag, 9. Juli, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 16. Juli, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 12. Juli, hat die „Rats-Apotheke“ (Apteka Radziecka), Breitestraße (ul. Szeroka) 27, Fernsprecher 250.

Von der Weichsel-Schiffahrt. Der Dampfer „Andrzej Zamojcki“ schleppte am Montag drei Rähne nach Wloclawek, von denen zwei Schwefel und einer Fournierholz geladen hatten.

Nächtliches Unwetter. Nach vorangegangener Gewitterschwüle entlud sich Dienstag abend in der 11. Stunde ein sehr starkes Gewitter, das von einem heftigen Sturm und wolkenbruchartigen Regen begleitet war und längere Zeit anhielt.

Die Eisenbahndiebesbande unschädlich gemacht. Den energischen Bemühungen der hiesiger Polizei ist es nun endlich gelungen, der Bande von Eisenbahndieben, die schon seit längerer Zeit die Transitzüge systematisch beraubte, auf die Spur zu kommen und sie unschädlich zu machen.

Stoffe, Wäsche, Zigarren, Zigaretten usw., an bestimmten Stellen aus dem fahrenden Zuge neben die Gleise, wo sie von den anderen Bandenmitgliedern aufgelesen und unter dem Schutze der Nacht fortgebracht wurden.

Der tägliche Straßennunfall. Der Motorradfahrer Andrzej Sobczak überfuhr an der Ecke des Neustädtischen Marktes (Rynek Rynek) und der Gerechtestraße (Prosta) den Droschkentritscher Czeslaw Guza aus Thorn.

Taschendiebstahl. Am Fahrkartenschalter des Bahnhofes in Strassburg wurde dem in Thorn in der Brombergerstraße (Bydgoska) 29 wohnhaften Gwido Chmarzynski die Brieftasche mit 450 Zloty Inhalt sowie der Beamtenausweis von einem unbekanntem Täter entwendet.

Der letzte Polizeibericht verzeichnet zwei kleinere Diebstähle, neun Übertretungen der polizeilichen Verwaltungsverfahren, zwei Verstöße gegen die sanitätpolizeilichen Vorschriften und sechs Übertretungen der handelspolizeilichen Verwaltungsvorschriften.

Gdingen (Gdynia), 8. Juli. Eine große Arbeitslosendemonstration fand hier gestern statt. Gegen 400 Arbeitslose zogen durch die Straßen mit Rufen nach Arbeit. Die bekannten Diebe J. Szymkowiak und J. Mitela versuchten drei Einbrüche zu verüben.

Hohenkirch (Kiszka), 7. Juli. Einen Wohltätigkeitsbazar zum Besten der Schwesternstation veranstaltete am vorgestrigen Sonntag die hiesige ev. Frauenhilfe im Lokale des Herrn Emil Polch hier selbst.

wird wahrscheinlich nicht genügen, kaum eine Generation D. R.) Die Welt und Frankreich haben Deutschland eine große Hilfe zuteil werden lassen. (Man wird ein Jahr lang aus dem deutschen Wirtschaftsförber keine Milliarde herauspressen! D. R.) Wird Deutschland als Äquivalent (!) dafür Europa und der Welt ein wenig guten Willen zeigen wollen, um den Frieden zu erhalten? Das Hoover'sche Experiment wird uns zeigen, ob es eine Rettung oder eine Niederlage Europas sein wird. Der großherzige Präsident von Amerika wollte, daß es ein Experiment der Errettung werde;

wir aber haben den Eindruck, daß Deutschland den Willen hat, daß dieses Experiment über die

Niederlage Europas und über den vollkommenen Sieg der hoffärtigen, Hahnhühenden Deutschen entscheide. —

(Der „Kurjer Poranny“ kann beruhigt sein: eine solche Niederlage Europas, wie wir sie nach dem „vollkommenen Siege“ von Versailles erlebten, dürften wir blamierten Mitteleuropäer bei einer Befreiung Deutschlands und der damit verbundenen Rettung Polens vor dem wirtschaftlichen Ruin wohl nicht wieder erleben! D. R.)

Stimmen zur Pariser Einigung.

Hoover:

Präsident Hoover gab am Dienstag folgende Erklärung über den Abschluß in Paris ab:

„Ich bin glücklich, mitteilen zu können, daß der amerikanische Vorschlag für einen einjährigen Zahlungsaufschub aller Regierungsschulden und Reparationen nunmehr grundsätzlich von allen wichtigen Gläubigerstaaten angenommen worden ist. Die Bedingungen der Annahme durch die französische Regierung hängen natürlich von den Billigungen seitens der übrigen Mächte ab, in deren Namen die Amerikanische Regierung sich selbstverständlich nicht aussprechen kann. Ohne auf die technischen Fragen einzugehen, muß ich sagen, daß während gewisse Zahlungen seitens Deutschlands auf Reparationskonto gemacht werden, das Wesentliche des Vorschlags des Präsidenten beibehalten wird, da ja die so gezahlten Summen unverzüglich an Deutschland zurückgeliefert werden.“

Die technischen Schwierigkeiten, die sich aus den komplizierten internationalen Abmachungen ergeben, die Gesamtzahlungen zwischen den Regierungen von über 800 Millionen Dollar jährlich einschließen, finden jetzt ihre Lösung durch den guten Willen und die ernsteste Zusammenarbeit der Führer der Regierungen. Auf jeden Fall ist der amerikanische Teil des Planes an die Zustimmung des Kongresses gebunden. Ich habe jedoch die persönliche Zustimmung einer sehr großen Mehrheit der Mitglieder sowohl des Senats wie des Repräsentantenhauses ohne Unterschied der parteipolitischen Zugehörigkeit erhalten.

Die Annahme dieses Vorschlags bedeutete Opfer für das amerikanische Volk und für die früheren alliierten Regierungen, die ebenso wie alle anderen unter der Weltdepression und dem Defizit in den Regierungshaushalten leiden. Die wirtschaftliche Not, die am schwersten die Bevölkerung in Deutschland und in Mitteleuropa betrifft, wird ungeheuer verringert werden. Der Plan soll hauptsächlich der Wirtschaft helfen.

Wirtschaftshilfe jedoch bedeutet den Umschwung des Sinnes der Menschen vom Mißtrauen zum Vertrauen,

den Umschwung der Völker von der Furcht vor Unordnung und vor dem Zusammenbruch der Regierungen zur Öffnung und zum Vertrauen auf die Zukunft, sie bedeutet fühlbare Hilfe für die Arbeitslosen und für die Landwirtschaft. Die fast einmütige Zustimmung in den Vereinigten Staaten ist wiederum ein sichtbarer Beweis für das aufrichtige menschliche Gefühl des amerikanischen Volkes.

Die Welt muß in diesem Jahre, das dem wirtschaftlichen Wiederaufbau gewidmet sein soll, ernstlich über die Ursachen nachdenken, die zur allgemeinen Depression beigetragen haben. Ich brauche nicht zu wiederholen, daß eine dieser Ursachen die aufgelegten Lasten und die durch das Wirtstücken hervorgerufenen Beschränkungen sind. Eine Betrachtung der Ereignisse der letzten Wochen — alte uns zu der Erkenntnis bringen, daß wir eine Erleichterung dieser schweren Lasten finden müssen, die heute das Vielfache des Betrages der Regierungsschulden ausmachen.“

Diétrich:

Nachdem die Kabinettsitzung am Dienstag bis um 1/4 vor 1 Uhr gedauert hatte, empfing Reichsfinanzminister Diétrich die Presse und gab eine Erklärung der Reichsregierung ab, die wir nachstehend wiedergeben:

Der deutsche Reichsfinanzminister betonte, wie ungeheuer stark die Belastungsprobe der letzten vierzehn Tage für die deutsche Wirtschaft gewesen sei. Es ist ein gewaltiger Schaden entstanden, der nicht leicht zu erfassen und auch nicht leicht zu überwinden sei. Aber, so erklärte der Minister, trotzdem wird in Deutschland noch immer zu schwarz gemalt. Man fällt allzu leicht von einem Extrem ins andere, und gerade der große Pessimismus mache das Hochkommen der Wirtschaft schwer. Es sei durchaus kein Wunder, daß in einer solchen Krise und unter solchem fortwährenden Abzug von Kapitalen durch die öffentliche Hand schwache Unternehmungen in Trümmer gingen.

Die Verluste, die die deutsche Wirtschaft seit dem Herbst vorigen Jahres infolge von Nervosität des In- und Auslandes erlitten hat, schätzte der Reichsfinanzminister auf etwa drei bis vier Milliarden an Devisen, also etwa doppelt so viel, wie die Reparationsleistungen für ein Jahr ausmachen. Es sei erkennlich, so sagte Diétrich, daß die deutsche Wirtschaft solche Stürme überhaupt aushalten konnte. Damit zeige sich, wieviel Energie und Lebenskraft in der deutschen Wirtschaft stecke.

Das Grundübel für die Erschütterung der letzten Wochen liegt, wie Reichsfinanzminister Diétrich erklärte, in der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands. Das Reich sei bei der jetzigen Krise guten Gewissens gewesen. Seine kurzfristigen Kredite hätten sich nur auf 500 Millionen Mark belaufen. Die Länder, Gemeinden und die Privatwirtschaft dagegen hätten kurzfristige Kredite in erheblichen Summen laufen gelassen.

Über die Verwendung der nunmehr ersparten Summen ist zu sagen, daß die Reichsregierung sie in erster Linie dazu benutzen werde, um eine Konsolidierung des öffentlichen Kredites herbeizuführen und die öffentlichen Kredite zurückzuführen. Die Wirtschaft werde hieraus insofern Vorteile ziehen, als sich die öffentliche Hand aus der schwebenden Schuld zurückziehen wird und die auf diese Weise freigegebenen Gelder der Privatwirtschaft zugute kommen würden. Bei den ausländischen Geldgebern müsse, da die Aufgabe der nächsten Zeit von Deutschland allein nicht geschafft werden könne, dahin gestrebt werden, daß sie die jetzt zurückgezogenen Gelder erneut Deutschland zurückleihen.

Die Lösung in Paris ist noch nicht vollständig. Eine Reihe von Punkten sei offen geblieben, die zum Teil technische Fragen betreffen. Es komme darauf an, diese noch rückständigen Punkte im Sinne gegenseitiger Verständigung zu lösen. Man erhoffe, von diesen Vorverhandlungen, daß sie wieder zu einer Beruhigung der außenpolitischen Atmosphäre und vor allem zu einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland führen werden. Dazu würde es allerdings notwendig sein, ohne kleinliche Einwände und ganz im Geiste des Hoover-Planes zu verhandeln. Für uns gäbe es kein Abweichen von dem Hoover'schen Grundsatz: „Deutschland soll während dieses Jahres keinen Pfennig Reparationen zahlen.“

Die Sachleistungen besonders werden noch „gegenstand schwieriger Verhandlungen werden. Es gibt zwar eine Anzahl von Verträgen zwischen deutschen Produzenten und ausländischen Abnehmern solcher Reparationsleistungen, in denen eine Klausel enthalten ist, nach der die Abwicklung der Lieferungen auch außerhalb des Reparationskontos vorgenommen werden kann; es gibt zwar auch noch eine Anzahl von Millionen noch nicht ausgenutzt und gesperrter Gläubigerguthaben bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die zur Finanzierung solcher vertragsmäßig weiterlaufender Sachlieferungen verwendet werden können; aber darüber hinaus wird noch eine erhebliche Menge von Lieferungen auf einem Wege finanziert werden müssen, den man in den Verhandlungen noch erst zu finden hat.

Was die weitere Entwicklung der Tributfrage angeht, so erklärte der Reichsfinanzminister, daß vor den englischen und amerikanischen Besuchen keine Möglichkeit bestehe, neue Schritte zu unternehmen.

Hugenberg: Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, hielt am Dienstag im kleineren Kreise eine Rede, in der er folgende Ausführungen über die Lage machte:

„Der Schritt Hoovers kam in letzter Stunde. Die deutschen Finanzen wie die deutsche Währung standen, wie nunmehr von Regierungseite bekundet wird, unmittelbar vor der Katastrophe. Früher wurde der, der diese Katastrophen vorausahnte und rechtzeitige Vorkehrungen gegen sie verlangte, geradezu als Landesverräter gebrandmarkt. Man ging trotz aller Warnungen den verhängnisvollen Weg der Erfüllung und Verschwendung weiter. In der entscheidenden Stunde, als die von uns vorausgesagten Gefahren nicht beachtet wurden, enthüllte sich die völlige Hilflosigkeit der Regierung wie der Reichsbank in geradezu erschreckender Deutlichkeit.“

Sind nun die uns drohenden Gefahren etwa durch den Kredit, den die Reichsbank erhalten hat, behoben? Vor einer derartig leichtsinnigen Auffassung der Dinge muß ich auf das entschiedenste warnen; ist doch von den Ursachen, die ohne Hoovers und Mussolinis Eingreifen zur Katastrophe geführt hätten, vorläufig noch keine einzige beseitigt.

Tatsächlich ist Deutschland völlig außerstande, die politischen Tributzahlungen weiter zu leisten.

Jeder Versuch hierzu gefährdet den Dienst unserer Auslandsschulden. Wir haben an Zinsen und Tilgungsbeiträgen an das Ausland jährlich fast 1 1/2 Milliarden zu zahlen, davon etwa die Hälfte für Anleihen, deren Erlös durch die Tributzahlungen sofort aufgezehrt wurde. Wir zahlen also, selbst wenn wir von künftigen Tributzahlungen befreit werden, in Gestalt der Zinsen und Tilgungsbeiträge der Tributanteile indirekte Tribute im Betrage von jährlich Hunderten von Millionen weiter. Das ist schon eine Aufgabe von furchtbarer Schwere. Weder Reichskanzler noch Reichsbank haben bisher vermocht anzugeben, woher wir das Gold oder die Devisen zur Zahlung aller der Riesennummern nehmen wollen, die die Zins- und Tilgungsraten, die fälligen Kapitalrückzahlungen sowie die politischen Tribute darstellen.

Die Forderungen Frankreichs heben den Wert der Hoover'schen Aktion in einem entscheidenden Punkt auf. Nur durch völlige Beseitigung der Tribute, die eine sinnlose und unproduktive Vorbelastung der deutschen Wirtschaft darstellen, würde die Voraussetzung dafür geschaffen, daß das deutsche Volk mit frischen Kräften an die Aufgabe der Verzinsung und Tilgung seiner Anleihegeschulden herangehen kann. Voraussetzen müssen wir, daß diese Aufgabe uns nicht durch die Zollpolitik oder die Geldpolitik der anderen Völker weiter erschwert werden wird.

Ich betone: Tribute oder Zinsen! Beides ist völlig unmöglich.

„Das Bild wäre aber unvollständig, wenn ich an den inneren Zuständen schweigend vorüberginge.“

Die Steuerquellen fließen nicht mehr.

Das Geld zur Bezahlung der immer stärker angeschwollenen Menge von Menschen, die vom Staate abhängig ist, ist nicht mehr vorhanden. Auf der Linken erörtert man bereits ungeheuer verhängnisvolle Pläne, die auf eine Wiederholung der Inflationswirtschaft hinauslaufen — alles nur, um den sozialistisch eingestellten Kreisen unseres Volkes die

Illusion zu erhalten, daß man so weiter wirtschaften könne. Aus diesen inneren Gefahren kann uns nur entschlossenste Abkehr vom Marxismus sowie Rückkehr zur Ordnung und Sparsamkeit im Sinne preußisch-deutscher Tradition helfen.

„Fokuspokus“.

Das Hoover-Memorandum gibt der keineswegs deutschfreundlichen Kopenhagener Presse Anlaß zu bemerkenswerten Betrachtungen. So schreibt „Dagens Nyheder“: „Formell hat Frankreich gewisse Erfolge errungen, es ist jedoch überflüssig, hier eine Darlegung der verwickelten „Chineserei“ rings um den französischen Garantiefonds zu geben, denn das ist nur ein Stück Papier, dessen Inhalt man natürlich im Augenblick wohl definitiv nennen kann — wie man es ja auch vom Young-Plan sagte — das jedoch nach Ablauf eines Jahres verblühen und von einer neuen Entwicklung weggefedert sein wird, die sich nicht aufhalten läßt.“

Unter der Überschrift: „Fokuspokus!“ schreibt „Politiken“ u. a.: „Nur indem Hoover all diesen Fokuspokus (die Zugeständnisse an Frankreich) in seinem Plan aufnahm, gelang ihm dessen Durchführung.“

Besucht Brüning den Papst?

Oder trifft sich der Kanzler mit Mussolini in Norditalien?

Die Meldung deutscher Blätter, daß Reichskanzler Dr. Brüning in Rom auch den Papst besuchen wolle, ist den Ereignissen vorausgeeilt. Brüning, der ein frommer Katholik ist, könnte natürlich nicht nach Rom kommen, ohne auch den Papst zu besuchen. Auf der anderen Seite würde ein Besuch des deutschen Reichskanzlers beim Papst der italienischen Regierung wahrscheinlich nicht genehm sein, wenn die starke Spannung, die gegenwärtig zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan herrscht, zur Zeit der Reise des Reichskanzlers nach Italien noch anhaltend sollte. In diplomatischen Kreisen verlautet daher, daß bereits in Erwägung gezogen wird, die Zusammenkunft Mussolinis mit den deutschen Staatsmännern in einem Orte der norditalienischen Alpen stattfinden zu lassen, was sich auch mit Rücksicht auf die heiße Sommertemperatur in Rom empfehlen würde.

Brüning an Mussolini.

Aus Rom wird gemeldet:

Mussolini hat den italienischen Außenminister Grandi empfangen, der begleitet war von dem italienischen Botschafter in Berlin, Orsini, der zur Berichterstattung nach Rom berufen war. Orsini hat zur Reichskanzler ein Brief des Reichskanzlers Brüning überreicht.

In dem Brief stellt der Reichskanzler, nachdem er die Dankbarkeit Deutschlands für die Initiative Hoovers zum Ausdruck gebracht hat, fest, daß sich die Aktion des Präsidenten der Vereinigten Staaten voll und ganz in der Linie der weitwichtigen und energischen Politik befindet, die schon seit längerer Zeit von Italien unter der Führung Mussolinis befolgt wird.

Die Botschaft des Reichskanzlers bestätigt ferner, so wird in dem amtlichen Communiqué mitgeteilt, den tiefen Widerhall, den in Deutschland die sofortige Zustimmung Italiens zum Vorschlag Hoovers hervorgerufen hat, und die Befriedigung des deutschen Volkes, die um so größer ist, als es die Opfer kennt, die Italien infolge seiner Zustimmung zum Hoover-Plan bringen mußte.

Mussolini hat den italienischen Botschafter in Berlin beauftragt, dem Reichskanzler eine herzliche Antwort-Botschaft zu übermitteln.

Rundschau des Staatsbürgers.

Aufwertungsanträge der deutschen Lebensversicherungen.

Das Finanzministerium teilt mit, daß Anträge auf frühere Auszahlung der Aufwertungsgebühren aus den deutschen Lebensversicherungen, die mit deutschen Versicherungsanstalten abgeschlossen wurden, gemäß der im „Monitor Polski“ Nr. 118 vom 23. Mai veröffentlichten Verordnung in unzähligen Fällen nicht vorschriftsmäßig ausgefüllt und eingereicht werden. Es kommt ferner sehr häufig vor, daß die erforderlichen amtlichen Bescheinigungen, welche die polnische Staatsangehörigkeit des Antragstellers dokumentieren, nicht beiliegen.

Das Finanzministerium weist daher nachdrücklich darauf hin, daß alle Anträge, denen die erforderliche Staatsangehörigkeitsbescheinigung nicht beiliegt, oder solche Anträge, die fehlerhaft bzw. nicht vorschriftsmäßig ausgefüllt und gestellt werden, durch die Polnische Regierung den betreffenden deutschen Versicherungs-Gesellschaften nicht übermittelt, sondern dem Antragsteller zurückgesandt werden. Die Antragsteller gehen daher des Rechtes einer früheren Auszahlung verlustig.

Da zahlreiche Lebensversicherungspolice, die in österreichischen Kronen, russischen Rubeln und polnischen Mark lauten, und im Bereiche des ehemaligen österreichischen Teilgebietes ausgestellt worden sind, beim Ministerium einlaufen, betont das Finanzministerium besonders, daß die Aufwertung dieser Lebensversicherungen in einem späteren Zeitpunkt gemäß der im „Dziennik Ustaw“ Nr. 23, Pol. 235 veröffentlichten Verordnung des Staatspräsidenten erfolgen wird. Die Anmeldung der aus solchen Policen hervorgehenden Ansprüche ist verfrüht und wird erst am Anfang des nächsten Jahres aktuell werden. Darüber wird noch eine besondere Bekanntmachung im „Monitor Polski“ und in der Presse erfolgen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementnummer beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-SoSe“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Unsere Bezieser werden gebeten, in den Monaten Juli und August von Anfragen an den Briefkasten abzugehen, da sich infolge der Urlaubsverteilung innerhalb der Redaktion eine Beantwortung nicht ermöglichen läßt.

